

## „Restsprache“ Deutsch: Die Kellner in Berlin sind nicht das Problem

Der CDU-Politiker Spahn will in Restaurants auf Deutsch bedient werden. Das ist provinziell - und lenkt vom Versagen der deutschen Politiker ab: Es wäre ihre Pflicht, dafür zu sorgen, dass Dokumente der EU, der IWF oder der EZB grundsätzlich und vollständig in einer deutschen Fassung erstellt werden.

Im Wahlkampf hat einer der möglichen Merkel-Nachfolger als CDU-Chef das Problem des Bedeutungsverlusts der deutschen Sprache angesprochen. Jens Spahn sagte der [Neuen Osnabrücker Zeitung](#):

„Wir sollten international und europäisch das Sprechen und das Erlernen der deutschen Sprache weiter befördern. Es gibt ein steigendes Interesse, etwa bei den weltweit angebotenen Sprachkursen unserer Goethe-Institute. Und auch in Deutschland selbst kann das Zusammenleben nur gelingen, wenn alle auch Deutsch sprechen. Das sollten und dürfen wir von jedem Zuwanderer erwarten. Mir geht es dabei übrigens zunehmend auf den Zwirn, dass in manchen Berliner Restaurants die Bedienung nur Englisch spricht. Auf so eine Schnapsidee käme in Paris sicher niemand.“

Zuvor hatte sich eine Abgeordnetengruppe aus Union und SPD für die Stärkung der deutschen Sprache im In- und Ausland starkgemacht. Die Parlamentarier verlangten in einem Brief an Merkel die „Durchsetzung der gleichberechtigten Verwendung der deutschen Sprache als Arbeitssprache in den Organen der Europäischen Union“.

Auch in allen internationalen Institutionen solle deutsch stärker genutzt werden, heißt es in dem Schreiben von Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU), dem Vorsitzenden des Bundestags-Europa-Ausschusses, Günther Krichbaum (CDU), und SPD-Fraktionsvize Axel Schäfer. Auch im eigenen Land müsse die deutsche Sprache konsequent genutzt werden. „Wir sollten alles daran setzen, dass nicht der Eindruck entsteht, Deutsch werde zu einer Art ‚Restsprache‘ herabgestuft“, schrieben die drei Politiker.

Krichbaum, Schäfer und Singhammer verlangen konkret, dass mit Bundesgeldern geförderte Forschungsergebnisse immer auch in deutscher Sprache veröffentlicht werden. In der Bundesrepublik stattfindende Tagungen sollten zudem nur noch dann mit deutschen Steuergeldern unterstützt werden, wenn Deutsch zumindest eine der Konferenzsprachen ist.

Außerdem verlangen die drei Parlamentarier, dass in den deutschen Exzellenzuniversitäten bei den Master-Studiengängen Vorlesungen und Prüfungen immer auch in deutscher Sprache angeboten werden. Und sie dringen darauf, dass Mitglieder der Regierung „bei Anlässen aller Art grundsätzlich deutsch sprechen“.

In seinem Antwortschreiben stimmt Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) den drei Abgeordneten darin zu, dass „die deutsche Sprache das wichtigste Instrument für kulturelle Identifikation und gelingende Integration ist“. Auch setze sich die Bundesregierung bereits seit Jahren für eine angemessene Verwendung der deutschen Sprache bei den Institutionen der EU ein.

Die Diskussion ist ein Beispiel, wie man eine eigentlich wichtige Debatte auf die falsche Ebene verlagern kann: Wenn ein Kellner in Berlin Englisch spricht, ist das höchst lobenswert, weil dieses Englisch die globale Verkehrssprache geworden ist. Was würden die deutschen Massentouristen auf Mallorca oder in Griechenland sagen, wenn die dortigen Kellner ab sofort die Bier-Bestellungen nur noch auf Spanisch oder Griechisch entgegennehmen?

Auch für Zuwanderer gilt: Für sie ist es sekundär, ob sie Deutsch sprechen – Deutschland sollte Wert drauf legen, dass Programmierer, Informatiker und Ingenieure ins Land kommen, die die Programmiersprachen so perfekt beherrschen, dass sie Deutschland helfen, seinen Rückstand bei der Digitalisierung aufzuholen. In welcher Sprache diese Leute ihren Alltag bewältigen, ist vollkommen irrelevant.

Spahns Absicht ist es, einer zur AfD abdriftenden Klientel ein Signal zu senden. Er verknüpft den Gebrauch einer globalen Umgangssprache mit der Unterstellung, Zuwanderer würden sich gezielt sprachlich abkapseln. Viele türkische „Gastarbeiter“ haben nie ein Wort Deutsch gesprochen. Doch am Fließband bei Opel war das auch nicht notwendig – sie leisteten ihren Beitrag zum Wirtschaftswunder, das die Deutschen allein nie hätten stemmen können.

Entscheidend wäre es allerdings, dass im Zeitalter einer radikalen Globalisierung politische Dokumente, Think Tank-Berichte, Studien, EU-Verlautbarungen, IWF- oder Nato-Papiere vollständig und unverzüglich auch auf Deutsch veröffentlicht werden. Die Forderung der Abgeordneten, Konferenzen und wissenschaftliche Arbeiten auch auf Deutsch zugänglich zu machen, wäre bestenfalls die „Kür“. Die Pflicht der deutschen Politiker wäre es, in ihrem eigenen Bereich dafür zu sorgen, dass internationale und besonders europäische Organisationen alle Dokumente umgehend auf Deutsch zu veröffentlichen haben, sofern sie von deutschen Steuergeldern finanziert werden.

In diesem Fall ist die deutsche Sprache nämlich nicht wichtig, um, wie Spahn es von den Kellnern verlangt, den Deutschen ein wohliges „Heimat“-Gefühl zu geben. Der überwiegende Teil der Regulierungen der EU, die auch für Deutschland gesetzliche Bindekraft haben, ist auf Deutsch erst sehr spät – wenn überhaupt – zu erhalten. Dasselbe gilt für Dokumente der EZB, des IWF, der Weltbank und allen anderen Finanzinstitutionen. Diese Texte in Deutsch lesen und beurteilen zu können, ist eine Überlebensfrage für die Demokratie und den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Nicht nur die Zuwanderer müssen sich in Deutschland integrieren. Auch die deutschen Politiker müssen sich in den zahlreichen internationalen und europäischen Gremien integrieren. Das ist ein unerlässlicher Prozess, der tatsächlich nur gelingen kann, wenn die deutschen Politiker entweder die Texte selbst übersetzen und ihren Kunden – den Steuerzahlern – zur Verfügung stellen, oder aber bei den Organisationen durchsetzen, dass die Texte auch in einer autorisierten, unzweideutigen deutschen Fassung erstellt werden.

Deutsche Medien erleben dieses Dilemma, sofern sie EU-, IWF oder [EZB](#)-Texte nicht einfach ignorieren, tagtäglich: Sie brauchen enorme Ressourcen, um offizielle Texte zu übersetzen. Es geht ihnen „zunehmend auf den Zwirn“, dass wichtige Dokumente erst mühsam ins Deutsche übersetzt werden müssen, um den Lesern eine angemessene Berichterstattung liefern zu können.

Spahn ärgert sich darüber, dass „die Bedienung in den Berliner Restaurants nur Englisch spricht“. Die eigentlichen Diener der Steuerzahler sind die Politiker – und sie vernachlässigen ihre Kunden seit Jahren in einem Ausmaß, für das jeder Kellner schon längst gefeuert worden wäre.